

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg

Expertenworkshop zur Nachhaltigkeitsprüfung am 13. Dezember 2011 in
Potsdam

Dr. Albert Statz (Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburg) : Einführung

Anrede,

- Herr Staatssekretär **Rühmkorf** hat schon darauf hingewiesen: das **Nachhaltigkeitsverständnis** ist bei vielen, die sich dieses Begriffes bedienen, vielfältig und oft diffus. Oft ist nicht Nachhaltigkeit drin, wenn es drauf steht – und häufig wird nachhaltig Politik gemacht, ohne dass sie so genannt und begriffen wird. In den **Eckpunkten** der Landesregierung für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie werden einige **politische Prinzipien nachhaltiger Politik** formuliert – die 6 P's wie „prüfbar“, „politikübergreifend“ und „partizipativ“, aber kein **Leitbild**, keine Kriterien. Angesichts dessen ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die bestehende Politik nur zusammengefasst und umetikettiert wird – was in der Politik nicht neu ist. Eine **Strategie** zu entwickeln, ohne vorher das Nachhaltigkeitsverständnis geklärt zu haben – wie kann das gehen?
- Dieses **Dilemma** ist der Auslöser dafür, dass sich der brandenburgische Nachhaltigkeitsbeirat sehr früh mit dem Thema der Nachhaltigkeitsprüfung befasst hat. Denn in den Eckpunkten, die die Landesregierung beschlossen hat, ist festgelegt, die bisherige Politik auf den **Prüfstand** zu stellen und die Handlungsschwerpunkte an Maßstäben der **Nachhaltigkeit** auszurichten.
- In dieser Situation wurde von einem Ministeriumsvertreter in einer Diskussion der interministeriellen Arbeitsgruppe geäußert, es sei ein **Katalog von Kriterien** notwendig, um überhaupt die eigene Politik in diesen Rahmen stellen zu können. Also lag es nahe, die **Inhalte** nachhaltiger Politik dadurch zu entwickeln, dass die zentralen Vorhaben und Politikbereiche anhand **zentraler Fragen und Maßstäbe der Nachhaltigkeit** überprüft werden. Denn eine Landesnachhaltigkeitsstrategie, die konkrete Zielen und

Aktionspläne enthält, deren Erfüllung als konkrete Maßstäbe dienen können, soll ja erst entwickelt werden. Die allgemeinen Fragen, die offen formuliert sind und auf den Kern der Nachhaltigkeit zielen, sollen einen gemeinsamen **Lernprozess** auslösen und abstecken, welche **Aufgaben in den Handlungsfeldern** angegangen werden müssen. Und genau das fordern die Eckpunkte der Landesregierung ja. Dabei geht es nicht nur darum, **Defizite** festzustellen, sondern auch, Politik dort weiterzuentwickeln, wo es **positive Anknüpfungspunkte** gibt.

- Trotz aller Unterschiede im Verständnis: Es gibt ein allgemeines Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, einen solchen **festen Kern**, wenn man sich die wissenschaftliche Diskussion und politische Entwicklung anschaut:
 - Es geht um die **Zukunftsfähigkeit** unserer Lebensweise und Politik – das findet seinen Ausdruck in den Fragen nach den natürlichen Lebensgrundlagen und der **Gerechtigkeit** für die gegenwärtig Lebenden und zwischen den Generationen.
 - Es geht darum, den Blick zu weiten für die vielfältigen Ursachen politischer Probleme und damit für ein umfassendes Verständnis ihrer Lösungen – das erfordert einen integrativen Ansatz, ein Verständnis von nachhaltiger Politik als **Querschnittsaufgabe**.
 - Es erfordert klare und überprüfbare Ziele, ein neues Politikverständnis („**Nachhaltigkeits-Governance**“), das den Prozess der ständigen Überprüfung der Politik institutionell absichert und auf Dauer stellt, das politische Handeln selbst nachhaltig macht.
 - Und es geht darum, dass eine nachhaltige Lebensweise und Politik nicht von oben, vom Staat verordnet werden kann, sondern eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger und eine größere **Transparenz und Partizipation** erfordert. Der Mehrwert eines solchen politischen Handelns muss sich immer wieder in der Praxis beweisen.
- Mit den allgemeinen **Managementregeln der Nachhaltigkeit**, mit den bereits bestehenden **Strategien auf Bundes- und EU-Ebene**, mit den Ansätzen **nachhaltiger Stadtpolitik**, in den **Strategien und Aktionsprogrammen** gibt es schon sehr viel „Fleisch“ um diesen festen Kern.

- Auch **Nachhaltigkeitsprüfungen** gibt es ja schon – deshalb hat das MUGV ja Praktiker aus dem Bund und aus Baden-Württemberg eingeladen; die EU hat das älteste „impact assessment“ und Kriterien der Nachhaltigkeit sind integraler Bestandteil der Strukturfondspolitik. Diese stehen häufig im Kontext der **Gesetzesfolgenabschätzung**. Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, eine solche Gesetzesfolgenabschätzung zu prüfen. Nachhaltigkeitsprüfungen lassen sich aber auch auf andere Gegenstände als die Rechtssetzung und auf einen unterschiedlichen zeitlichen Rhythmus – **ex-ante, begleitend oder ex-post** – übertragen, zum Beispiel **Pläne, Programme oder Projektförderungen**. Das ist im Einzelnen zu diskutieren.
- Nachhaltigkeitsprüfungen folgen zumeist dem Muster, Vorhaben auf alle drei **Dimensionen der Nachhaltigkeit** – oder auf ähnliche Weise bestimmte Themenfelder – und ihre **Wechselwirkung** abzuklopfen, um der Querschnittsaufgabe Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Dies erfordert Verfahren der **Ressortkoordination**, in denen das realisiert wird. Die **Komplexität** des Nachhaltigkeitsansatzes zu reduzieren und dies handhabbar zu machen, ist die zentrale **Herausforderung** an Politik und Verwaltung.
- Brandenburg hat nun ein Tool für einen „**Nachhaltigkeitscheck**“ entwickelt, das inzwischen für einige Pilotvorhaben getestet wurde. Wenn Sie in das Prüfschema schauen, sehen Sie **zwei Schritte der Prüfung**: die allgemeinen und **übergreifenden Fragen**, die sich aus dem „Kern“ – insbesondere den „Managementregeln“ der Nachhaltigkeit - ergeben, stellen den **ersten**, sehr offenen Schritt dar, sich zu vergewissern, welches denn die Nachhaltigkeitsaspekte sind, die überhaupt berücksichtigt werden müssen. Dies beantwortet dann im Sinne einer „Vorprüfung“ gleichzeitig auch die Frage, ob eine NHP überhaupt einen **Mehrwert** verspricht. Hier ist besonders wichtig, dass die Fragen den Blick öffnen sollen für neue Aspekte und Betroffenheiten, für Zielkonflikte und langfristige Folgen. Und für mögliche Handlungsalternativen. Eine flächendeckende Prüfung aller politischen Vorhaben ist schon allein wegen des damit verbundenen Aufwands kaum möglich, eine Auswahl und Konzentration der Prüfungen unumgänglich. Im **zweiten** Schritt werden dann die **Querschnittsaspekte** geprüft, um vernachlässigte Aspekte der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen und eine umfassende Perspektive

auf die Probleme und ihre Lösungen zu gewinnen. Herr Pohlmann wird auf das Prüfschema noch näher eingehen.

- Unsere **Erfahrungen** in **Brandenburg** machen eines deutlich – und es liegt mir sehr viel daran, das zu betonen:
Nachhaltigkeitsprüfungen sind zuallererst eine Frage der **Inhalte**. Ihre zentrale Aufgabe ist es, den **Lernprozess, was die Prinzipien der Nachhaltigkeit für die eigene Arbeit bedeuten, zu strukturieren und zu fördern** – und zwar in allen Phasen eines Vorhabens und im Dialog aller Beteiligten. Die **Prüfkataloge und Verfahrensregeln sind ein Hilfsmittel**. Aber von ihnen hängt es entscheidend ab, ob diese Lernprozesse auch in die Praxis eingehen.
- Aber es besteht eine große **Gefahr**: dass der Prüfprozess zur reinen **Routine** erstarrt – wir kennen das aus der Gesetzesfolgenabschätzung: Da wird nach den Auswirkungen auf KMU, Haushalt, Preisniveau etc. gefragt – die Antwort ist allzu häufig: „*keine*“ oder „*nicht genau bezifferbar*“ oder sie bleibt sehr allgemein. Gleiches begegnet uns ja auch bei den Prüfungen zum Gender Mainstreaming. Meine Erfahrungen lehren mich, dass der Sinn einer Nachhaltigkeitsprüfung deutlich sein muss, bevor die – immer als lästig empfundenen - Diskussionen über die Änderung der GGO der Landesregierung oder andere konkrete Verfahren erfolgreich geführt werden können.
- Es geht, wie gesagt, um den Mehrwert einer Nachhaltigkeitsprüfung. Dieser hängt sehr davon ab, wie sie im Einzelnen ausgestaltet wird – **inhaltlich und prozedural. Maßstab für die Verfahren muss sein, wie weit sie die inhaltlichen Lernprozesse befördern und zur Verbesserung der Politik beitragen**. Nur durch eine systematische Arbeit an den Inhalten ist Nachhaltigkeit auch mehr als eine neue Überschrift über die vorhandenen Regierungsvorhaben und Berichte, mehr als „alter Wein in neuen Schläuchen“. Schließlich geht es bei der Nachhaltigkeit um einen neuen, übergreifenden Ansatz, um einen „**Paradigmenwechsel**“ in der Politik. Ich erhoffe mir von unserem Workshop, dass wir in unseren Diskussionen die verschiedenen Erfahrungen und Einschätzungen austauschen und damit der Einrichtung einer NHP – wie immer im Einzelnen ausgestaltet – näher kommen.